Fünf Schaffhauser Gemeinden stimmten gegen das Covid-Gesetz

Klare Mehrheiten auf allen drei Ebenen

ABSTIMMUNGEN So klare Mehrheitsverhältnisse wie am vergangenen Sonntag erlebt man selten. Das gilt für alle fünf Entscheidungen, die bei der Volksabstimmung vom 28. November auf den drei Staatsebenen zu fällen waren: Bei allen fünf hatte das Gewinnerlager jeweils einen Vorsprung von mindestens (gerundeten) 15 Prozentpunkten.

Das Urteil zur Pflegeinitiative, welche auf eidgenössischer Ebene zur Abstimmung stand, fiel in Schaffhausen sogar noch etwas deutlicher aus als im Schweizer Durchschnitt: 63 Prozent der Stimmbürgerinnen sagten Ja, gegenüber 61 Prozent in der ganzen Schweiz. Keine Schaffhauser Gemeinde lehnte ab. Knapp wurde es lediglich im SVP-dominierten Beggingen, wo fünf Stimmen über den Sieg entschieden (148 Ja zu 143 Nein).

Ja zu freiwilligen Steuern

Etwas mehr Sympathien als die Schweiz jenseits des Rheins brachten die Schaffhauser hingegen für die Anliegen der Justizinitiative auf. Zwar stellte sich auch hier keine Gemeinde gegen den Nein-Trend, doch resultierten in Schaffhausen nur 66 Prozent Ablehnung im Vergleich zu den gesamtschweizerischen 68 Prozent.

Gegen die Änderung des Covid-Gesetzes stimmten im Kanton Schaffhausen fünf Gemeinden: Bargen, Beggingen, Buch, Oberhallau und Trasadingen. Es resultierte ein um zwei Prozentpunkte tieferer Ja-Anteil als in der gesamten Eidgenossenschaft (SH: 60 Prozent, CH: 62 Prozent). Abgelehnt haben lediglich die Kantone Appenzell Innerrhoden und Schwyz.

Die Abstimmung auf kantonaler Ebene war erwartbar unbestritten: 68 Prozent der Schaffhauser Stimmbevölkerung und sämtliche Gemeinden stimmten der Änderung des Steuergesetzes zu. AL, SP und Grüne hatten die Nein-Parole beschlossen, eine nennenswerte Gegenkampagne gab es nicht.

Dubiose Studie erfolglos

Erstaunlich ist hingegen die Deutlichkeit, mit der die Stadtbevölkerung der Vorlage «Rahmenkredit für die Versorgung mit Wärme und Kälte» zugestimmt hat. Gegen die 30 Millionen Franken, welche die Stadt nun in Wärmeverbünde investieren kann, hatte sich eine breite bürgerliche Allianz aus SVP, FDP und EDU eingesetzt. Ihr Kampfbegriff: «Wärmesozialismus». Schützenhilfe erhielten die Gegner ausserdem vom Zürcher Thinktank Liberales Institut, welches kurz vor der Abstimmung eine tendenziöse Studie publizierte, in der das Vorgehen der Stadt als «Monopolismus» bezeichnet und «mehr Markt» gefordert wurde (siehe AZ der vergangenen Woche).

Das reichte nicht, um eine Mehrheit der Schaffhauserinnen und Schaffhauser von einem Nein zu überzeugen. Gut 58 Prozent stimmten der Vorlage zu. **lmi.**

Strassenführung am Klosterbogen ändert sich zugunsten des Langsamverkehrs

Fussgängerinnen zuerst

GROSSER STADTRAT Gute Nachricht für Fussgängerinnen: Eine Ratsmehrheit sprach sich dafür aus, ihnen am Klosterbogen mehr Platz einzuräumen. Bisher müssen sie dort auf Autos Rücksicht nehmen, die sich durch den einen Bogen in die Altstadt herein- und durch den anderen wieder herausschlängeln.

«Für Fussgängerinnen unbefriedigend» nannte deshalb ein Postulat des AL-Grossstadtrats Matthias Frick die Situation mit den 15 Parkfeldern und der Ein- und Ausfahrtsstrasse zwischen Museum und Polizei. An den nicht-motorisierten Verkehr werde nicht gedacht, monierte Frick. Dass sich hier ausserdem der Eingang zum Museum befindet, werde erst auf den zweiten Blick deutlich.

«Trostlos», fasste er die Situation zusammen und forderte deshalb den Stadtrat auf, zu prüfen, ob nicht eine der beiden Fahrspuren für den motorisierten Verkehr gesperrt werden könne – und ob nicht Parkplätze entfernt werden könnten, um Fussgängerinnen mehr Platz zu geben.

Der Stadtrat zeigte sich offen gegenüber dem Vorschlag. Baureferentin Katrin Bernath bestätigte, dass derzeit eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werde, wie man das Gebiet aufwerten könnte. Aber erst frühestens 2024 würden die Ergebnisse der Studie realisiert. Sie bot als Interimslösung an, einen der beiden Durchgänge auf Velo- und Fussgänger zu beschränken und sechs Parkplätze aufzuheben, um stattdessen Sitzgelegenheiten dorthin zu stellen.

Obwohl die bürgerlichen Fraktionen angesichts dieses «erschreckenden» Vorschlags (Walter Hotz, SVP) daran erinnerten, dass Schaffhauserinnen angeblich ungern in Parkhäusern parken und dem Ladensterben Vorschub geleistet würde, war das Postulat erfolgreich. Mit 19 zu 14 Stimmen wurde es angenommen. Mit einer Verbesserung der Verkehrssituation ist also schon vor 2024 zu rechnen. **dl.**

Einbahnstrasse für Autos, wenig Platz für Fussgängerinnen. Peter Pfister